

AGDF Aktuell

Mitgliederrundbrief
Nr. 176 Februar 2016



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace · Comité d'Action Service pour la Paix

*Moin, moin,
liebe Freundinnen und Freunde,*

am 19. Januar ist Andreas Buro im Alter von 87 Jahren gestorben. Er war eine Stütze der Friedensbewegung in den letzten Jahrzehnten, hat sein Knowhow als Friedensforscher beispielsweise durch das Aufzeigen von Wegen zu gewaltfreien Bearbeitung aktueller Konflikte (Dossiers) zur Verfügung gestellt, hat wichtige Analysen und Anstöße eingebracht, war als Bürgerrechtler Mit-Gründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie, ist für seine Anliegen auf die Straße gegangen (...). Nicht zuletzt habe ich auch persönlich sehr gerne mit ihm zusammengearbeitet. Kurz: Sein Tod ist ein großer Verlust für die Friedensarbeit. In diesem Rundbrief ist ein Hinweis auf einen seiner letzten inhaltlichen Artikel.

Der politische Start ins neue Jahr war in Deutschland aufgeregt. Nicht das zunehmende wirtschaftliche Gefälle, sondern der Umgang mit „Fremden“ und den eingereisten Flüchtenden spaltet – angeheizt durch die meisten Politiker/innen - zunehmend die Gesellschaft. Juristen fragen bereits nach der Handlungsfähigkeit des Staates, während Teile der Zivilgesellschaft und Kirchen sich aktiv der Bewältigung der Probleme stellen.

Viel Erfolg und Spaß bei und neben der Arbeit wünscht Ihnen und Euch auch im Namen der Geschäftsstelle.
Schalom

Jan Sildemeister

NACHRICHTEN AUS DEM DACHVERBAND

Vorstand

Der Vorstand tagt 24./25. Februar in Kassel. Er wird dabei im Rahmen einer „Klausur“ mit den anstehenden Aufgaben beschäftigen, u.a. mit dem Thema „Friedensarbeit + Flucht/Geflüchtete“.

Fachbereichssitzungen

Die Fachbereiche treffen sich im ersten Quartal 2016:

Fachbereich I am 26./27. Februar in Nürnberg, Fachbereich II am 11./12. Februar in Sievershausen zum Thema „Bildungsarbeit mit/für/durch/zu Flüchtlingen“ und Fachbereich III vom 5.-7. April in Brüssel.

POLITISCHE AKTIONEN

Waffenschmiede Heckler & Koch verklagt Bundesregierung - Petition an Heckler & Koch

Die Waffenschmiede Heckler & Koch verklagt die deutsche Bundesregierung. Mit seiner Klage will der Rüstungskonzern Waffenlieferungen an das autoritäre Regime in Saudi-Arabien erzwingen.

Öffentlichen Auspeitschungen, Inhaftierungen ohne Anklage, Misshandlung und Folter in Haft -- Menschenrechtsverletzungen sind in Saudi-Arabien an der Tagesordnung. Die deutsche Bundesregierung hat deshalb vor etwa einem Jahr den Export von Waffenteilen in das Land gestoppt.

Gegen diese Entscheidung zieht Heckler & Koch jetzt vor Gericht. Es ist die erste Klage ihrer Art. Es muss verhindert werden, dass Rüstungskonzerne mit solchen Methoden die Politik bestimmen.

Heckler & Koch stärken mit ihren Gewehren nicht nur die saudische Unrechtsherrschaft: Saudi-Arabien versorgt auch radikale Milizen in anderen Staaten mit deutschen Waffen.

Es war also höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre Waffendeals mit Saudi-Arabien überdenkt. Lassen wir nicht zu, dass Heckler & Koch diesen wichtigen Fortschritt zunichte macht!

Infos: <http://action.sumofus.org/de/a/Heckler-und-Koch-verklagt-Bundesregierung-de/?akid=15345.9046160.-WfRN9&rd=1&sub=fwd&t=1>

Asylpaket II stoppen – Keine Einschränkung von fairen Asylverfahren!

Die Bundesregierung will ein Gesetz auf den Weg bringen, das eine erneute massive Verschärfung des Asylrechts bedeuten würde. Wir fordern mit einem gemeinsamen Aufruf alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, das Gesetz abzulehnen.

Das geplante Gesetz verhindert für viele Flüchtlinge ein angemessenes und faires Asylverfahren und schränkt den Familiennachzug ein. Medizinische Abschiebehindernisse sollen nicht mehr anerkannt werden.

Mit „beschleunigten Verfahren“ sollen Asylsuchende binnen weniger Tage abgefertigt werden. Sie leben in gesonderten Aufnahmezentren, in denen sie von Unterstützern und Helfern abgeschottet werden. Nicht einmal die Kinder dürfen in Schulen Kontakt zu Einheimischen aufnehmen – sie werden im Sammellager beschult.

Pro Asyl, der Dachverband psychosozialer Zentren für Folteropfer, Medico International und der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben sich zusammengeschlossen um gemeinsam gegen eine weitere Beschneidung des Asylrechts zu protestieren. Unterstützen Sie unseren Aufruf!

Infos:

<https://www.proasyl.de/index.php?id=1998>

Internationale Wochen gegen Rassismus 2016

Vom 10. bis zum 23. März 2016 finden die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016 statt. Der Interkulturelle Rat in Deutschland und über 70 bundesweite Organisationen und Einrichtungen rufen dazu auf, sich an den Aktionswochen mit eigenen Veranstaltungen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Infos: <http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/>

Internationalen Münchner Friedenskonferenz - Frieden Gerechtigkeit gestalten NEIN zum Krieg

2016 werden parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz auf der **14. Internationalen Münchner Friedenskonferenz** vom **11.-14. Februar** zivile Alternativen zu Krieg und Terror vorgestellt und diskutiert werden.

Ein breites Bündnis von Trägerorganisationen - koordiniert vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern unter Leitung von Thomas Rödl - lädt dazu ein und bittet um Unterstützung.

Infos: <http://www.friedenskonferenz.info/>

Bundesweite Proteste und Aktionswoche im Frühjahr anlässlich der Jahrestage von Fukushima und Tschernobyl

Demo am 6. März 2016, 13 Uhr, Bahnhof Kirchheim/Neckar zum Atomkraftwerk Neckarwestheim

Mit den Jahren wächst die Verdrängung. Jahrestage sind eine Gelegenheit, die Erinnerung wachzuhalten und zu erneuern. Runde Jahrestage eignen sich dazu besonders gut. Am 11. März jährt sich Fukushima zum fünften Mal. Am 26. April ist Tschernobyl 30 Jahre her. Doch beide Katastrophen sind nicht Vergangenheit, sondern dauern bis heute an. Und sie können sich jederzeit wiederholen. Umso wichtiger, dass wir nicht nur mit Nachdruck an die unsäglichen Folgen der bei-

den Kernschmelzunfälle erinnern, sondern auch Druck machen, die acht Atomkraftwerke, die hierzulande noch laufen, endlich abzuschalten. Die Gefahr eines Super-GAU ist nicht gebannt! So wirst Du für die Jahrestage aktiv.

Mahnwachen

<https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/jahrestage-fukushima-und-tschernobyl/mahnwachen/>

Demos und mehr

<https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/jahrestage-fukushima-und-tschernobyl/demos/>

TAGUNGEN UND KONGRESSE

Die Ideologie der Gewalt - Terrorismus als politischer Wegbereiter?

Die Akademie Frankenwarte lädt vom **29. Februar bis 04. März 2016** zu diesem mehrtägigen Seminar nach **Würzburg** ein. IS, Boko Haram, Al Qaida, FARC, Al-Shabab, Taliban: Es vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht von Aktivitäten dieser und anderer Terrorismus-Organisationen aus der ganzen Welt berichten. Was zu früheren Zeiten vermeintlich weit entfernt und jenseits der westlichen Gesellschaft sichtbar war, scheint nun näher zu rücken. Wie und weshalb entstehen Keimzellen des Terrors?

Das Seminar geht der Bedeutung und den Hintergründen von Terrorismus nach. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden die internationalen Konsequenzen, aber auch die Folgen vor Ort diskutieren.

Infos: <http://www.frankenwarte.de/unser-bildungsangebot/veranstaltung.html?id=515>

Neue Konflikte, neue Friedensethik?

Welche Orientierung kann die evangelische Kirche Politik und Gesellschaft bieten?

Vom **26.-28. Februar 2016** veranstaltet die Akademie Loccum ein dreitägiges Seminar.

Aus dem Jahr 2007 stammt die EKD-Denkschrift „Aus Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. Vor dem Hinter-

grund der internationalen Konflikte um die Jahrtausendwende betont sie das Leitbild des Gerechten Friedens und skizziert ein Konzept der rechtserhaltenden Gewalt, das auf die neue Rolle der Bundeswehr, z.B. im Rahmen humanitärer Interventionen, zu reagieren sucht.

Seitdem hat sich die Weltlage erheblich verändert. Die Kriegserklärung von Präsident Hollande nach den Pariser Terroranschlägen zeigt in nuce, was Konfliktforscher seit längerem beobachten: Kriege werden heute immer seltener zwischen Staaten ausgetragen. Stattdessen nimmt die Zahl und das Ausmaß bürgerkriegsähnlicher und asymmetrischer Konflikte zu, die überdies territorial schwierig einzugrenzen scheinen (z.B. ISIS).

Diese veränderte Ausgangslage wirft einerseits die Frage auf, auf welche Weise die EKD-Denkschrift fortzuschreiben wäre bzw. ob es neuer friedensethischer Konzepte bedarf. Insbesondere ist zu diskutieren, wie weit der rechtsethische Ansatz der EKD-Denkschrift trägt und wie etwa die Übergänge zu friedensfördernden Praktiken in Kirche und Zivilgesellschaft zu modellieren wären.

Infos:

<http://www.loccum.de/programm/p1610.html>

Save the Date: Aktionsbündnis Anerkennung International

Am **1. und 2. März 2016** lädt das Aktionsbündnis für die Anerkennung von Kompetenzerwerb in der europäischen und internationalen Jugendarbeit – kurz Aktionsbündnis Anerkennung International - zum Open-Space nach **Berlin** ein.

Das Aktionsbündnis ist eine Projektinitiative von IJAB, die sich für die gesellschaftliche Anerkennung von Kompetenzerwerb in **der internationalen Jugendarbeit** einsetzt. Wer aktiv werden und einen konkreten Beitrag zu mehr Anerkennung von internationaler Jugendarbeit leisten möchte, ist herzlich eingeladen, sich dem Bündnis anzuschließen und im Open Space Ideen, Ansätze und Kooperationen für mehr gesellschaftliche Anerkennung internationaler Jugendarbeit zu entwickeln.

International fordert, dass der gesellschaftliche Wert und Beitrag zu einem friedlichen Miteinander wertgeschätzt und das Arbeitsfeld unterstützt wird.

Das Aktionsbündnis International setzt auf die breiten und vielfältigen Handlungsmöglichkeiten von Bündnissen verschiedener gesellschaftlicher Akteure und richtet sich daher an Zivilgesellschaft, Sozialpartner, Bildungsinstitutionen, Bund und Länder, Kommunen, Akteure der Bildungs- und Jugendpolitik sowie der Wirtschaft. Die Initiative wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und von JUGEND für Europa unterstützt.

Infos: <https://www.ijab.de/aktionsbuenndnis-erkennung-international>

Friedensuniversität Afrika: UPA Campus Bafoussam/Kamerun

Am **11.-29. Juni 2016** findet in **Bafoussam/Kamerun** die nächste Friedensuniversität statt.

CAMPUS UPA 2016 ist ein vertiefendes Friedenstraining. Internationale und v.a. afrikanischen Senior-Trainern erhalten hier eine Plattform, bei der sie Fachkenntnisse und insbesondere die Einstellung und Methodik nachhaltiger, gemeinwesenorientierter Friedensarbeit erfahren und erleben können.

Anmeldung bei Hubert Heindl (UPA Koordinator) ApteUG@apte-net.de.

Infos: <http://www.universityofpeacein africa.org/content/node/423.htm>

Stress- und Traumasensibilität in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe

medica mondiale e.V. lädt zu diesem Kompaktseminar am **12.-15.07.2016** oder am **30.08.-02.09.2016** in **Engelskirchen** ein.

Als MitarbeiterIn von Organisationen oder Projekten der Entwicklungszusammenarbeit oder Humanitären Hilfe schulen Sie Ihre Fähigkeiten, Stress- und Traumafolgen zu erkennen und darauf mit erhöhter Kompetenz und Sensibilität zu reagieren. Sie lernen, wie ein Psycho-

trauma bei Gewaltbetroffenen, aber auch sozialen Gefügen wie Familie und Gesellschaft wirken kann und welchen Einfluss Geschlechterrollen dabei haben.

Sie erfahren, wie Sie sich selbst vor Stress- und Traumafolgen schützen und wie Sie zur Sicherheit und Stabilisierung von Personen beitragen können, die Stress- und Traumasymptome zeigen. Sie lernen zudem Maßnahmen zur Förderung der Widerstandskraft (Resilienz) auch auf den Ebenen von Projekten und Organisationen kennen.

Infos: <http://www.medicamondiale.org/aktiv-werden-spenden/fortbildungen.html>

Die Medien, der NSU und unser Rassismus

Am **19./20. Februar 2016** findet in der Evangelischen Akademie **Bad Boll** diese zweitägige Veranstaltung statt.

Zehn Jahre lang konnte der rechtsterroristische NSU unbehelligt morden. Ermittelt aber wurde zunächst und für lange Zeit nicht gegen rechtsextremistische Gruppen und Kreise, sondern im Umfeld der Ermordeten.

Warum nur? Aufgrund von Indizien und Beweisen oder aufgrund eines rassistischen Vorurteils?

Und dann war das Erschrecken groß, als klar wurde, dass es sich bei diesen Morden eben nicht um "Dönermorde" in dunklen "Ausländerkreisen" handelte, sondern um eine rassistische Mordserie einer rechtsextremen Terrorgruppe.

Die unfassbaren Versäumnisse in den Ermittlungsbehörden sind inzwischen Thema in Untersuchungsausschüssen. Doch sind nicht auch Medien und Öffentlichkeit erschreckend schnell dem Phantom der "Dönermorde" aufgesessen? War hier ein verdrängter oder institutioneller Rassismus am Werk? Oder übernahm ein kaputtgesparter Journalismus zu schnell und somit ungeprüft die Auskünfte von Behörden, da die Zeit zu aufwendiger Recherchearbeit fehlt.

Nach dem Erschrecken über den NSU-Komplex, die unzähligen Ungereimtheiten und noch ungeklärten Pannen in der Ermittlung und Aufarbeitung stellt sich nun

auch die Frage, was Behörden und Politik, Medien und Öffentlichkeit draus gelernt haben und welche weiteren gesellschaftlichen Lernprozesse es noch braucht für den Weg in eine Gesellschaft ohne rassistische Diskriminierungen.

Infos: <http://www.ev-akademie-boll.de/tagung/520916.html>

"Transforming worldviews" - Gesellschaftliche und soziokulturelle Friedensansätze in Afrika

Vom **12.-14. Februar 2016** lädt die Evangelische Akademie **Bad Boll** zu dieser Veranstaltung ein.

Die Konflikte in Afrika nehmen an Intensität zu, aufwändige Friedenseinsätze mit Militär scheitern. Viele Staaten haben Militäreinsätze unterstützt, in manchen Jahren agierten dort mehr als 50.000 sogenannte „Peacekeeper“.

Oft wird behauptet, die staatlichen Strukturen seien zu schwach, um für Sicherheit zu sorgen. Aber sind es nicht vielmehr die Eliten vor Ort, die ihren Ländern schaden, indem sie ihren eigenen politischen und ökonomischen Interessen folgen?

Die Tagung wird die traditionellen Machtstrukturen ebenso analysieren wie die neuen Wege zum regionalen Frieden aus den Gesellschaften heraus.

Infos: <http://www.ev-akademie-boll.de/tagung/430316.html>

Alle im Boot?! Schwer erreichbare Zielgruppen in Bürgerbeteiligungsprozesse einbeziehen

Die Stiftung Mitarbeit veranstaltet am **22.-23. April 2016** in **Magdeburg** dieses Seminar.

Was ist zu tun, um Menschen einzubeziehen, denen die Beteiligung nicht »nahe liegt« oder die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren? Wie können wir z.B. Migrant/innen, benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars »Alle im Boot?!«. Gemeinsam mit Praktiker/innen diskutieren die Teil-

nehmer/innen, wie Menschen einbezogen werden können, die üblicherweise für Beteiligungsangebote »schwer zu erreichen« sind. Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden? Das Seminar vermittelt Kenntnisse, Handlungswissen und -kompetenzen, die die Einbeziehung schwer erreichbarer Akteure in die Praxis von Beteiligungsprozessen möglich machen. Die Teilnehmer/innen reflektieren die eigene Praxis und identifizieren Verbesserungsmöglichkeiten in ihrem Handlungsfeld.

Infos:

[http://www.mitarbeit.de/1203.html?&tx_workshops\[tx_workshops\]=168&tx_workshops\[backPid\]=1202&cHash=5d09f7e499f7b728ba0cc3474c67f17d](http://www.mitarbeit.de/1203.html?&tx_workshops[tx_workshops]=168&tx_workshops[backPid]=1202&cHash=5d09f7e499f7b728ba0cc3474c67f17d)

„Aus den Augen, aus dem Sinn – Auslagerung und Regionalisierung von Migrationskontrolle und Fluchtbewegungen“

Gemeinsame Fachtagung von Brot für die Welt, medico international, PRO ASYL und dem Netzwerk Flüchtlingsforschung am **23. Februar 2016**, in **Berlin**.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten suchen nach Wegen, Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten möglichst nahe an ihren Herkunftsländern zu stoppen. Angesichts der aktuellen Fluchtbewegungen hat die EU dergleichen Anstrengungen weiter verschärft.

Infos: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/menschenrechte-und-frieden/menschenrechte-und-frieden/brennpunkt-migration.html>

PUBLIKATIONEN

„Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen“

Ein weiterer Tagungsband zu institutionellem Rassismus in Sachsen.

Die Publikation ist aus einer Kooperation des Kulturbüro Sachsen e.V. mit dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. und dem Bildungswerk Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen entstanden.

Die Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus ist eine zentrale Aufgabe

für ein demokratisches Gemeinwesen und ein zentraler Indikator für eine demokratische Kultur. Institutioneller Rassismus wird dabei verstanden als eine systematische und strukturelle Form der Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und der Beschränkung bis Verweigerung von Teilhabe und Respekt.

In 13 Textbeiträgen und mit Hilfe eines Fotokommentars sind Sozialwissenschaftler_innen, Jurist_innen, Praktiker_innen der Zivilgesellschaft und eine Künstlerin der Thematik nachgegangen und haben ihre Sichtweisen auf Institutionellen Rassismus und seine Implikationen für Sachsen dargelegt.

Infos: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/theorien-amenethoden.html>

"Was tun nach rassistischer Gewalt?"- Mehrsprachiger Infolyer

Die Broschüre gibt Betroffenen einen fundierten Überblick über ihre Rechte nach einer rechten oder rassistisch motivierten Gewalttat. Sie erschien 2009 in englischer und französischer Sprache in aktualisierter Auflage. In einzelnen Kapiteln werden die wichtigsten Fragen ausführlich beantwortet, wie beispielsweise: "Was passiert, wenn ich eine Anzeige stelle?" oder "Warum brauche ich einen eigenen Anwalt und was bedeutet Nebenklage?" sowie die Frage danach, wer die Kosten für Nebenklage, aber auch materielle Angriffsfolgen übernimmt. Da sich die Broschüre direkt an englisch- und französischsprachige Migrant/innen, Flüchtlinge und ausländische Studierende richtet, behandelt sie zudem in einem weiteren Kapitel die Frage nach möglichen aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen eines laufenden Ermittlungsverfahrens. Darüber hinaus stellt sie den Betroffenen bzw. deren Umfeld eine Liste von Adressen zur Verfügung, bei denen sie Unterstützung und Beratung erhalten können.

Infos: <http://www.mobile-opferberatung.de/infomaterial/>

«Mein Kampf gegen Rechts»

Am 31. Dezember 2015 ist der Urheberrechtsschutz für Hitlers Hetzschrift *Mein Kampf* erloschen. Das Buch, das den Ausgangspunkt für den Rassismus unserer Tage in sich trägt, darf wieder verlegt werden. Zu einem Zeitpunkt, der gefährlich ist: Pegida boomt, Flüchtlingsheime brennen und Terroranschläge werden von rechten Parteien genutzt, um Vorurteile und Hass zu schüren. *Mein Kampf – gegen Rechts* hält der Neuauflage von Hitlers Hetzschrift elf starke Menschen entgegen. Menschen, die mit rechtem Gedankengut und rechter Gewalt zu kämpfen haben, und Menschen, die dagegen aufstehen. Ihre Berichte berühren, inspirieren und ermutigen dazu, selbst mitzukämpfen – gegen die drohende rechte Schiefelage unserer Gesellschaft.

168 Seiten, ISBN 978-3-95890-027, 14,00 €

Infos: <http://www.europa-verlag.com/Buecher/49/Mein-Kampf---gegen-Rechts.html>

Mit dem Kauf von *Mein Kampf – gegen Rechts* kann jeder ein Zeichen gegen Rechts setzen. Denn vom Erlös jeden Buches geht ein Euro an »Gesicht Zeigen!«, eine Initiative, die sich seit 15 Jahren gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt und für ein weltoffenes, menschenfreundliches Deutschland einsetzt.

Infos:

www.gesichtzeigen.de

„Income Inequality: The Gap between Rich and Poor“

Die Einkommensungleichheit nimmt zu: Vor 25 Jahren verdienten die obersten zehn Prozent noch etwa siebenmal so viel wie die untersten zehn Prozent – heute sind es rund 9,5 Mal so viel. Damit wächst die Sorge, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur dem Einzelnen schadet, sondern auch ganzen Gesellschaften und Volkswirtschaften.

Die aktuelle Veröffentlichung der „OECD Insights“-Reihe „Income Inequality: The Gap between Rich and Poor“ erklärt Begriffe aus der Ungleichheitsdebatte, zeigt

Trends und Unterschiede zwischen den Ländern auf und beleuchtet die Ursachen für Einkommensungleichheit und ihre Folgen.

Infos: http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/income-inequality_9789264246010-en

International Winter Academy: 15 - 25 February, 2016

3 Month CAS - Research Program: 15 February - 14 May, 2016

in Baar, Switzerland

Institute for Peace and Dialogue, IPD

Peacebuilding, Mediation, Conflict Resolution, Security and Intercultural Dialogue

Up to date news on website:

Infos: <http://www.ipdinstitute.ch/Winter-Academy-3-Month-CAS-Research-Program-2016/>

ERKLÄRUNGEN UND STELLUNGNAHMEN

Sexualisierte Gewalt bekämpfen – Flüchtlinge schützen

Die sexualisierte Gewalt, die zahlreiche Männer, in ihrer Mehrheit angeblich nordafrikanischer Herkunft, am Silvesterabend auf der Kölner Domplatte gegen Frauen ausgeübt haben, hat eine breite und aufgeregte Debatte in Politik und Zivilgesellschaft ausgelöst. Rechtsextreme Gruppen und Politiker_innen etablierter Parteien nehmen diese Übergriffe zum Anlass, Verschärfungen im Asylrecht, z.B. schnellere Abschiebungen, zu fordern. Sie befördern damit die Bereitschaft zu rassistischer Hetze und Angriffen auf Flüchtlinge, deren Unterkünfte, Migrant_innen und auf Menschen nicht weißer Hautfarbe.

Das FORUM MENSCHENRECHTE, ein Netzwerk von über 50 deutschen Menschenrechtsorganisationen, erklärt hierzu, dass die Rechte von Frauen nicht gegen die Rechte von Flüchtlingen ausgespielt werden dürfen. Zahlen des Bundeskriminalamtes (BKA) belegen, dass Gewalt gegen Frauen nicht nur und auch nicht vornehmlich von Männern mit Migrationshintergrund ausgeht. Das bestätigen auch Untersuchungen des Bundesministeriums

für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und eine Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. Demnach ist sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Europa ein alltägliches Verbrechen, das weitgehend im häuslichen und familiären Umfeld stattfindet.

In diesem Zusammenhang mahnt das FORUM MENSCHENRECHTE an, die seit langem anstehende Reform des Sexualstrafrechts nunmehr zügig anzugehen. Ein entsprechender Referentenentwurf liegt seit Mitte 2015 im Bundeskanzlerinnenamt, wurde aber erst Ende Dezember 2015 den zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Stellungnahme zugeleitet.

Henny Engels, Sprecherin der AG Frauenrechte des Forums, erklärt hierzu „Bisher wird Gewalt gegen Frauen nicht konsequent genug verfolgt und geahndet; das Strafrecht weist erhebliche Schutzlücken auf. Deutschland muss endlich das Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (Istanbul Konvention) unterzeichnen. Der vom Bundesministerium der Justiz (BMJV) vorgelegte Referentenentwurf entspricht dessen Anforderungen nicht. Unbestritten sind mit dem Entwurf Verbesserungen verbunden. Anders als die Konvention fordert, stellt er jedoch nicht sicher, dass nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen als sexualisierte Gewalt zu werten und zu verfolgen sind. Die Neuregelung des Sexualstrafrechts muss dem Anspruch „Nein heißt Nein“ Genüge tun. Bei der Strafverfolgung darf die Herkunft der Täter keine Rolle spielen.“

Infos: <http://www.forum-menschenrechte.de/1/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisierte-gewalt-bekaempfen-fluechtlinge-schutzen.html>

Der Politikwissenschaftler und Friedensaktivist Andreas Buro verstarb am 19. Januar 2016.

Hinweis auf seinen letzten Artikel:

In diesen Tagen der Feste der Gläubigen wird aus fast allen Himmelsrichtungen um Frieden, ja um Frieden auf Erden gebeten. Dennoch schießen so viele Menschen

aufeinander. Warum? Alle wünschen sich Sicherheit für sich selbst, für Frau und Kinder, für Freunde und Freundinnen. Sicherheit ein hohes Gut. Der Begriff der Sicherheit wird weitgehend mit dem der Sicherheitskräfte, also dem Militär verbunden. Wie falsch! Ein Rückblick auf das vergangene Jahrhundert. An dessen Beginn kostete ein Krieg um die Hunderttausend Tote, jetzt ist die Auslöschung ganzer Regionen oder sogar der ganzen Menschheit durch wenige Handgriffe möglich. Doch wird immer weiter in diese tödliche Sicherheit investiert. Warum?

Infos:

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009568.html>

KDV

Israel: Kriegsdienstverweigerin Tair Kaminer in Haft - Bitte um Protest- und Solidaritätsschreiben

Die 19-jährige Tair Kaminer wurde am 10. Januar 2016 zu 20 Tagen Haft verurteilt. Sie hatte an diesem Tag im Rekrutierungsbüro in Tel Hashomer ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt: "Ich habe mich entschlossen den Dienst in der israelischen Armee zu verweigern. Seit Jahren gibt es keinerlei Bestrebung für einen Friedensprozess, keinen Versuch, Gaza und Sderot Frieden zu bringen. Solange der gewaltvolle militärische Weg gegangen wird, schaffen wir eine Generation voller Hass, womit die Situation nur eskalieren wird. Wir müssen dies jetzt stoppen!" Connection e.V. fordert gemeinsam mit der DFG-VK Hessen und der War Resisters' International die sofortige Freilassung von Tair Kaminer und ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerin. Connection e.V. bittet zudem um Protest- und Solidaritätsschreiben über das online-Formular

<http://www.Connection-eV.org/israel-refuser-form>.

SERVICE

INFORMATIONEN UND BERICHTE

"Menschen stärken Menschen" - Paten, Gastfamilien und Vormünder für eine gelungene Integration

Bundesprogramm "Menschen stärken Menschen" des Bundesfamilienministerium wurde am 19. Januar 2016 in Berlin vorgestellt. Ziel des Programms ist, Patenschaften zwischen geflüchteten Menschen und hier lebenden Menschen zu fördern und zu unterstützen. Für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sollen über die Patenschaften hinaus Gastfamilien und Vormundschaften gewonnen werden.

Mit Blick auf das große Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer soll das Programm dazu beitragen die Rahmenbedingungen für die Helfer zu verbessern und die oft spontane Hilfsbereitschaft in ein möglichst dauerhaftes Engagement zu übertragen.

Mit 'Menschen stärken Menschen' sollen geflüchtete Familien, Frauen, Männer und Kinder unterstützt werden in unserer Gesellschaft anzukommen und sich hier eine neue Zukunft aufzubauen. Integration ist mehr als der Gang zum Sprachkurs oder Arbeitsamt. Mit diesem Patenschaftsprogramm soll die Basis für viele dauerhafte persönliche Begegnungen geschaffen werden.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) möchte mit dem Programm rund 25.000 neue Patenschafts-Tandems in diesem Jahr initiieren. Gefördert werden überwiegend Programmträger, die die Engagement-Infrastruktur auf lokaler Ebene durch finanzielle Mittel oder Expertise unterstützen.

Programmträger sind unter anderem die freien Wohlfahrtsverbände, muslimische Verbände, Migrantorganisationen, der Stiftungssektor und Freiwilligenagenturen.

Infos:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement.did=222984.html>

Modellprojekten zum Thema Flucht und Asyl

Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert Projekte mit bis zu 50.000,- Euro. Der Zeitraum der Projektdurchführung muss mindestens sechs Monate im Zeitraum 01.03.2016 bis 31.12.2016 umfassen. Nutzen Sie dazu bitte das [Antragsformular](#). Antragsberechtigt sind gemeinnützige Organisationen. Natürliche Personen sind nicht antragsberechtigt. Bewerbungen sind bis zum 31.01.2016 per Post bei der Bundeszentrale für politische Bildung einzureichen.

Förderziele:

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen um das Thema Flucht und Asyl stellen auch die politische Bildung vor neue Aufgaben. Die gesellschaftliche Stimmung ist einerseits geprägt von ehrenamtlichem Engagement und Hilfsbereitschaft für Geflüchtete, andererseits fallen populistische Stimmungsmache auch im politischen Diskurs sowie sich häufende fremdenfeindliche Gewalt und Übergriffe ins Gewicht. Um eine intensivere Auseinandersetzung und Aufarbeitung dieser komplexen Themen für unterschiedliche Zielgruppen zu ermöglichen und sich für Vielfalt, Toleranz und Demokratie einzusetzen werden mindestens 20 Maßnahmen der politischen Bildung im oben geschilderten Themenfeld gefördert.

Gegenstand der Förderung

Förderfähige Maßnahmen sind:

- Fortbildungen,
- Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche,
- Veranstaltungen zur Diskussion und Informationsvermittlung zum Thema Flucht,
- Vertreibung,
- Asyl,
- Vernetzungsangebote zur Bündelung von Synergien und Ressourcen, Angebote der politischen Bildung für Geflüchtete,
- interkulturelle Maßnahmen, die sich an heterogene Zielgruppen wenden.

Infos:

<http://www.bpb.de/partner/foerderung/217672/modellprojekte-zum-thema-flucht-und-asyl>

Gastspielangebot 2016/2017 der Berliner Compagnie

In den Theaterstücken der Berliner Compagnie geht es um Fluchtursachen - um die von den Industrieländern des Nordens mit verschuldeten Zustände, die die Menschen im Süden dazu gebracht haben, aus ihrem Land zu fliehen.

Die Alternative zum Terror: BETTLER AUF GOLDENEM THRON. Ein Theaterstück über Bolivien. Für 2050 rechnet die UNO mit 350 Millionen Klimaflüchtlinge: SO HEISS GEGESSEN WIE GEKOCHT. Klimakatastrophe mit Musik. Die Ukraine, Putin, US-Geopolitik und der geheimnisvolle Gleichklang unserer Medien: DAS BILD VOM FEIND. Wie Kriege entstehen. Ein Theaterstück.

Warum flüchten die Menschen aus Afrika? DIE WEISSEN KOMMEN. Ein Theaterstück über Afrika und uns. TTIP dient nur den Mächtigen. Was die Welt braucht, ist Fairhandel: STILLE MACHT. Eine Lobbyisten-Komödie mit Evergreens und Schmachtfetzen. Die Not bekämpfen und sich dabei untereinander verstehen lernen: ANDERS ALS DU GLAUBST. Ein Theaterstück über Juden Christen, Muslime und den Riss durch die Welt.

Infos:

<http://www.berlinercompagnie.de/index.htm>

STELLENANGEBOTE

Referent/in für Friedensarbeit im pax christi DV Münster

Der Diözesanverband Münster der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi sucht zum 1. April 2016 eine/n neue/n Friedensreferenten/Friedensreferentin für die spendenfinanzierte Hauptamtlichen-Stelle mit Sitz in Münster.

Beschäftigungsumfang: 19,5 Stunden pro Woche

Infos:

<http://www.muenster.paxchristi.de/meldungen/view/5879059246481408/Stellenausschreibung%20Referent/in%20f%C3%BCr%20Friedensarbeit%20im%20pax%20christi%20DV%20M%C3%BCnster>

Amesty International sucht Mitarbeiter/in Stabstelle Politische Koordination (in Vollzeit)

Das Generalsekretariat der deutschen Sektion von Amnesty International sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für den Standort Berlin als Vertretung eine/n MITARBEITER/IN STABSSTELLE POLITISCHE KOORDINIERUNG (in Vollzeit).

Infos: https://www.amnesty.de/files/Ext.-Ausschr._Stabsstelle_pol._Koordination_2015_1217.pdf

Impressum

Herausgeber: AGDF, Endenicher Str. 41, 53115 Bonn
Tel. 0228-24999-0, Fax 24999-20
agdf@friedensdienst.de
Internet: www.friedensdienst.de
Redaktion: Jan Gildemeister; Anette Bickel

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.02.2016
Nachdruck und Verteilen erlaubt; Hinweise erbeten.
AGDF -aktuell ist ein interner Newsletter und stellt für unsere Mitglieder relevante Informationen zusammen. Diese geben nicht notwendiger Weise die Meinung der Redaktion wieder. Die Quelle ist, wenn nichts anderes angegeben, die angegebene Internetseite. Aktionen, Veranstaltungen und Aufrufe der AGDF sind als solche gekennzeichnet.